

Der „Briefetal-Bote“ erscheint Dienstags, Donnerstags und Sonnabends. Der Bezugspreis beträgt für den Vierteljahr 4 Mark, monatlich 1 Pfennig. Die einzelne Nummer kostet 7 Pfennig. Nach auswärts Postzuslag.

Briefetal-Bote

Anzeigen werden in der Geschäftsstelle Birkenwerder, Bahnhof-Allee 5 und von allen Anzeigen-Expeditionen angenommen. Die schlagzeilige Beilage kostet 6 Pfennig, die Reflektierte 10 Pfennig.

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briefe, Lehnitz, Stolpe
Sprechsprecher: Amt Birkenwerder Nr. 5



für ehem. Hoffjagdrevier, Bergfelde, den Amtsbezirk Schönfließ und Umgegend
Telegr.: Briefetalbote, Birkenwerder

Alleiniges amtliches Publikationsorgan mit rechtsverbindlicher Publikationstraft für den Amtsbezirk Birkenwerder. Anzeigenpreis für die neungefaltene Kleinzeile oder deren Raum 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamazeile 80 Pfennig. Berechnung in Goldmark zum amtlichen Dollarkurs

Nr. 140. Postfach-Konto: Berlin 62 433 Donnerstag, den 27. November 1923 Postfach-Konto Berlin 62448. 22. Jahrg.

Der Amtsvorsteher Birkenwerder.

Die Amtsliste mit Inhalt als weiteres gemeindet
Den Amtsvorsteher Paul Meier, Borgsdorf, habe ich als Oberführer der Freiwilligen Feuerwehr bestätigt.
Birkenwerder, den 28. November 1923
Der Amtsvorsteher. Jung.

Der Gemeindevorsteher Birkenwerder.

Brennholzversteigerung
erfolgen bis auf Weiteres durch die Oberförsterei Oranienburg an jedem Dienstag vormittag von 1/9 bis 10 Uhr im Lokal (Stamm, Oranienburg, Breiterstr. mit höchstens 3 m für jeden Haushalt zum Selbstverbrauch. Nach 10 Uhr erfolgt Versteigerung etwaiger Reste ohne Beschränkung des Vierterkessels und der Mengen. Letztere und die Lage des für die hiesige Gemeinde bestimmten Holztes ist an jedem Montag ab 11 Uhr im Zimmer 2 des Rathauses zu erfahren.

Hilfiges Brennholz
kann von bedürftigen Personen, die arbeitsunfähig sind und einen eigenen Haushalt führen, im Rathaus, Zimmer 26, beantragt werden.
Birkenwerder, den 28. November 1923.
Der Gemeindevorsteher. Kühn.

- Brot für Küchen und Dienbrand.
- a) bei Selbstabholung ab Lager 2, — Goldmark je Zentner.
 - b) bei Abwesen auf dem Hofe 2,05 " " " "
 - c) bei Lieferung f. Erdgasloch od. Keller 2,10 " " " "
- § 2.
- a) bei Selbstabholung ab Lager 2, — Goldmark je Zentner.
 - b) bei Abwesen auf dem Hofe 2,03 " " " "
 - c) bei Lieferung f. Erdgasloch od. Keller 2,06 " " " "

Die in den §§ 1 und 2 festgesetzten Goldmarkpreise ermäßigen sich bei Zahlung in wertbefähigten Zahlungsmitteln um 20%. Dieser Nachlass ergibt sich aus der Art der Berechnung der in §§ 1 und 2 genannten Preise.
Diese Preisfestsetzung tritt mit dem 25. November in Kraft.
Berlin, den 23. November 1923.
Der Kreisaustrichter des Kreises Niederbarnim.

Der Gemeindevorsteher Bergfelde.

Gemeindevorsteher-Sitzung.
Zur Beratung der hierunter angegebenen Gegenstände werden die Mitglieder der Gemeinde-Versammlung zu einer Sitzung auf Sonnabend, den 1. Dezember 1923, abends 7 Uhr im Gemeindevorstand, Zimmer 2, hiermit unter der Vernehmung vorgeladen, daß die Ausbleibenden an die Beschlässe der im Termin Anwesenden gebunden sind.
Tagesordnung:
1. Festsetzung eines 2. Nachtrages zu den Realsteuern für 1923.
2. Kostenbewilligungen.
3. Rentnisnahmen.

Die Gemeindefeuerverordnung des Gemeindebezirks Bergfelde für die vorläufige Veranlagung für 1923 liegt in der Zeit vom 6.—12. Dezember 1923 zur Einsicht der Steuerpflichtigen des Veranlagungsbezirks öffentlich aus.

Der von der Gemeindevorstellung am 13. September 1923 beschlossene 2. Nachtrag zur Grundsteuerordnung vom 25. Oktober 1920 ist vom Kreisaustrichter unter dem 11. Oktober d. Js. — 1 4/9881 — genehmigt worden.
Bergfelde, den 28. November 1923.
Der Gemeindevorsteher. Graeber.

Hohen Neuendorf.

Der Gemeindevorsteher macht bekannt:
Steuern für November 1923.
Durch Beschluß der Gemeindevorstellung vom 12. d. Ms wird anstelle der bisherigen Grundsteuer ein Zuschlag von 100 Prozent zu der staatlichen Steuer vom Grundvermögen als Gemeindegrundsteuer erhoben. Die Veranlagungsbeschreibungen über die staatliche Steuer vom Grundvermögen werden in den nächsten Tagen zugestellt, wegen der Gemeindevorstellung ergeben sich besondere Veranlagungsbeschreibungen nicht. Der zu zahlende Steuerbetrag ist auf der Rückseite des Veranlagungsscheins angegeben.
Die Steuern sind bis Ende d. Ms. an die Gemeindefeuerkasse — Zimmer 11 — zu zahlen.
Für Zahlungen nach diesem Tage wird ein Zuschlag von 400% des Rückstandes für jeden angefallenen jeden Kalendermonat erhoben.

Kurze Nachrichten.

— Amtlich wird mitgeteilt, daß jeder Versorgungsberechtigte, der nicht im Reichs- oder in einem sonstigen öffentlichen Dienst verwendet wird und neben seinen Versorgungsgebühren ein weiteres steuerpflichtiges Einkommen bezieht, bei Verlust seiner Versorgungsbezüge verpflichtet ist, von der Höhe dieses weiteren Einkommens bis Ende Dezember Anzeige zu machen.

— Generalstaatskommissar v. Wehr hat das Amt über alle sozialdemokratischen Zeitungen und Verfassungen verhängte Verbot aufgehoben, dagegen bleibt das Verbot kommunalistischer Zeitungen bestehen.
— Die Zahl der Berliner Arbeitslosen ist am 26. Nov. von 12.—17. November um 8409 auf 252 841 gestiegen.
— Der Steintiner Dampfer „Marianne Gausig“ ist in der Nordsee auf eine Mine gestoßen und gesunken. Vierzehn Seelen sind ertrunken.
— Der Haushaltsausschuß des Reichstages hat nach geheimer Beratung mit allen sozialdemokratischen Stimmen den Vertrag mit Ausland an Abschluß eines Getreidelieferungsvertrages mit Ausland an.
— Aus Brüssel wird gemeldet, daß Frankreich und Belgien beschließen haben, das militärische Regime im Ruhrgebiet zu mildern. General Degoutte habe dementsprechende Befehle erhalten.
— Der Reichstag steht vor einer der schwersten sozialen Erschütterungen. Der bisher milde Stand in der elektrischen Industrie ist als offiziell erklärt worden. Ob ein Generalstreik folgen wird, ist noch nicht entschieden.
— Ein aus zwei Schlachtkreuzern und vier leichten Kreuzern bestehendes englisches Geschwader ist von Dänemark in See gegangen, um eine zehnmonatige Reise um die Welt zu unternehmen.

— In Athen fand eine große republikanische Versammlung statt, die sich in einer Entschiedenheit für Abweisung der Dynastie und Abschaffung des Königtums erklärte. Außerdem forderte sie, daß die gegenwärtige Regierung einwilligen die dem König obliegenden Aufgaben übernehme, bis das griechische Volk sich für die Veränderung der Staatsform entschieden habe.

Sortdauer der Regierungskrise.

Alberts Versuch gescheitert.
Reichsminister a. D. Dr. Albert hat dem Reichspräsidenten heute in der Mittagsstunde folgendes Schreiben überreicht: Ihrem Appell an mein vaterländisches Pflichtgefühl bin ich gefolgt. Ich hoffe, die rechten Männer zur Mitarbeit zu gewinnen. Diese Hoffnung hat sich infolge der parteipolitischen Schwierigkeiten nicht erfüllt. Ich lege daher den Auftrag in Ihre Hände zurück.
Jarres erledigt. — Der neueste Kandidat.
Schon ehe er diesen Brief geschrieben hatte, war eine neue Kandidatur aufgelaufen, und zwar die des früheren Oberbürgermeisters von Duisburg, Jarres, der ein paar Tage vor Stresemann Sturz Reichs-Junnenminister geworden war. Aber Jarres wurde vor allem vom Zentrum abgelehnt. Seitdem ist man bei dem Umkreieren in der Sache, in die sich alle Parteien veranlagt haben, kaum viel weiter gekommen. Nur daß jetzt der Name des früheren preussischen Ministerpräsidenten Stegerwald als Kandidat genannt wird. Ob er sehr viel Ansichten haben wird, läßt sich nur schwer beurteilen, da man bei der Krise auf Zufalls- und Verlegenheitslösungen gefaßt sein muß. Von der Sozialdemokratie wird Stegerwald, der Mann der christlichen Gewerkschaften, strikt abgelehnt. Bei den Demokraten kann er auch kaum auf viel Gegenliebe zählen und gar so viel davon hat er wohl kaum in seiner eigenen Partei, dem Zentrum, zu erwarten. Doch könnten die persönlichen Neigungen oder Abneigungen in den Hintergrund treten, falls es gelänge, die Deutschnationalen unter bestimmten Bedingungen zur Bildung einer bürgerlichen Koalition heranzuziehen.

Der Separatisten-Skandal.

„Eine Bande von Verbrechern und Verrätern.“
Zu der dem Separatistentreiben im Rheinland begünstigenden Haltung Frankreichs bemerkten die Londoner „Times“ in einem längeren von Ort und Stelle geschriebenen Aufsatz, so gut wie überall seien außerhalb der britischen Zone die hohen Beamten ausgewiesen worden, so daß keine reguläre Verwaltung mehr bestesse. Das ganze Land sei einer Bande von Verbrechern und Verrätern ausgeliefert, die es für ihren eigenen Vorteil im Namen einer unabhängigen Rheinlandrepublik ausbeuteten. Diese Leute gäben Papiergeld ohne irgend welche Deckung aus, so daß das finanzielle Chaos weit schlimmer sei, als es sonst gewesen wäre, raubten und requirierten ungekräftigt und terrorisierten alle Personen, gleichviel in welcher Stellung, die verurteilt, sich ihnen zu widersetzen.

Letzt und ununterstützt die Heimatzeitung.

Der Verfasser des Artikels fragt, welche Rolle Groß-Britannien bei der Neubildung Europas spiele. Die Verhandlungen würden gefolgt durch das Haupt der Rheinlandskommission, in der Großbritannien vertreten ist, und zwar für ein Gebiet, von dem Großbritannien hofft, Reparationen zu erhalten, und dort dem ein Teil unter der Obhut britischer Truppen steht. Die britischen Interessen würden direkt berührt werden, wenn ein Staat aus Deutschland herausgelöst werden sollte; eine solche Aktion würde Großbritannien in eine Lage bringen, daß seine Handelspolitik von Frankreich diktiert werden könnte.
Weder heute noch morgen Sanktionen!
Englische Erklärung.
Bei der Befragung der Verhandlungen in der Dörfel-Konferenz steht das Pariser „Journal“ fest, daß Holsteins als Ausnahme in der Angelegenheit der Militärkontrolle sofortige Zwang vorgefassen habe. Dieser Plan habe am 19. 11. aufgegeben werden müssen, weil Unterstaatssekretär Sir Eyre A. Creeve an diesem Tage dem französischen Botschafter erklärt habe, England wolle keine Sanktionen weder heute noch morgen noch jemals.
Ein Besuch im Ruhrgebiet.
„Das dumme barbarische Verbrechen.“
Eine holländische Stimme über die durch Frankreichs Politik herbeigeführte Lage im Ruhrgebiet ist besonders bezeichnend. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ schreibt: Ein Besuch im Ruhrgebiet erweckt das Gefühl der Beschämung über das, was das gegenwärtige Europa in diesem Lande begangen hat. Liegt man, nach Hause gekommen, die letzten Neben von Jaspard und Poincaré, dann überlegt man schauernd, in welchem Maße man es heutzutage fertig bringt, sich selbst und die Völker zueinander zu führen. Vergleiche man diese Zustände mit dem, was in ein paar Hauptstädten darüber bekanntgegeben wird, so bekommt man den Eindruck, daß das moralische Gefühl der Völker nicht besonders groß ist. Wenige hundert Kilometer von den betreffenden Hauptstädten können Dinge geschehen, die die dafür verantwortlichen Völker, wenn erst ihre Verblendung gewichen ist, als ein dummes barbarisches Verbrechen betrachten werden, wenn auch gegenwärtig kein Gefühl für die tatsächliche Lage zu den Parlamenten durchdringen scheint. Wenn das französische Volk die Wahrheit wüßte, so würde niemand, der seine Geschichte kennt, daran zweifeln, wie es regiert wird. Aber es weiß nichts von diesen Dingen, weil die französische Presse aus eigener Initiative dem Volkserkenntnis die Tarnschleier vorheimeilt, wie dies keine offizielle Zensur tun könnte. Ist es ein Wunder, daß es im Ruhrgebiet immer wieder zu Ausbrüchen der Ungeheuer und der Verwüstung kommt? Ähnlichkeiten sind alle Tage Straßenergebnisse. Täglich fallen Leute im besetzten Gebiet. Dinge, die vor zehn Jahren in der ganzen Welt Verblüffung erregt haben würden, gelten jetzt nur als kleine Kleinigkeit. Trotzdem kann man sagen, daß das Volk im Ruhrgebiet in großer Selbstbeherrschung verharren wird.
Sanktionung zum Industrieertrag.
In der Sonntagssitzung der Reichsversammlung der Reichstagen des Ruhrkohlenbergbaus in Lina hat die Kommission den mit den Franzosen abgeschlossenen Verteilungsvertrag vorgelegt. In der Erörterung wurden von allen Seiten die größten Bedenken gegen die ganz ungewöhnliche Belastung laut, und zwar nach der Richtung, ob die Eingriffe in den Betrieb der Werke die für den Betrieb unbedingt erforderliche Handlungsfreiheit gewähren. Es kam auch zum Ausdruck, daß, wenn trotzdem in der nächsten Zeit eine große Anzahl der Werke bindende Abfassungen treffen werden, dies ausschließlich aus der Überzeugung heraus geschieht, daß die Verhältnisse im Rhein und Ruhr für die deutschen Angehörigen und Arbeiter und für die gesamte Bevölkerung einfach unerträglich geworden sind. Aber die Bindung der gegenwärtigen großen wirtschaftlichen Interessen Frankreichs und Deutschlands könne allein die Verleumdung Europas herbeiführen. Nur wenn diese erfolge, werde Vertrauen und Ehrlichkeit zurückkehren.
Silbermünzen in Österreich. In der Dörfel-Konferenz des Wiener Nationalrates wurde ein Gesetzentwurf über die Aufbringung und Ausgabe von Silbermünzen angefügt. Es ist beabsichtigt, Silbermünzen zu 5000, 10 000 und 20 000 Kronen zu prägen. Die 10 000-Kronen-Münzen sollen Schilling, die 5000-Kronen-Münzen sollen halber Schilling und die 20 000-Kronen-Münzen Doppelschilling heißen.
Währung eines Pilgers. Bei Dubrovnik in Südbosnien fanden Flugvorführungen statt, bei welchen der Pilot Seibel einen Anflug mit Hilfe des Fallschirms zeigen wollte. Er stürzte aber aus einer Höhe von 800 Metern ab und blieb mit zerquetschten Gliedern tot liegen. Die Vorführungen wurden sofort abgeblasen.